

Nach Corona muss gelten: Deutschland zuerst!



Von EUGEN PRINZ | Niemand kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt sagen, wie lange die Bundesregierung den „F*ckdown“ – wie die Gesamtheit der verhängten Maßnahmen inzwischen salopp bezeichnet wird – noch aufrecht erhält.

Da dieser nicht nur Deutschland, sondern weite Teile der Welt betrifft, ist anschließend mit einer globalen Wirtschaftskrise zu rechnen, die jene aus dem Jahr 1929 noch übertrifft. Massenarbeitslosigkeit, ein Bankensterben und der Zusammenbruch des Euro rücken in den Bereich des Möglichen und bilden die perfekten Zutaten für soziale Unruhen.

Wir brauchen jeden Cent für die eigenen Leute

Es ist jetzt schon klar, dass in dieser Situation wirklich jeder Cent benötigt wird, um die kleinen und großen Unternehmen und die zahlreichen Arbeitnehmer, die in wirtschaftliche Not geraten sind, über Wasser zu halten.

Wohl wissend, dass diese Situation bald eintreten wird, hält die Bundesregierung trotzdem am Asylrecht fest und lässt unter permanenter, unverzeihlicher Verletzung des Artikels 16a Absatz II Grundgesetz weiterhin Menschen in unser Land, von denen der größte Teil viele Jahre auf soziale Transferleistungen angewiesen ist. Es gibt sogar Berichte, nach denen das gegenwärtig in verstärktem Maß der Fall ist. Ob das daran liegt, dass größere Menschengruppen im Zuge der Ausgangsbeschränkungen besser wahrgenommen werden oder

tatsächlich mehr Asylbewerber kommen, sei dahingestellt.

Offenbar ist der Begriff „Verteilungskämpfe“ der Bundesregierung nicht geläufig. „Brot und Spiele“, mit denen bisher das Staatsvolk ruhig gehalten wurde, wird es nicht mehr in ausreichendem Maße geben. Im Gegenteil: Der Zusammenbruch des Sozialsystems droht, weil es im Falle einer Massenarbeitslosigkeit kaum mehr Beitragszahler gibt. Und auch das Anwerfen der Notenpresse als Allheilmittel wird dieses Mal nicht helfen. Im Gegenteil, es führt nur zu einer Hyperinflation, da die Geldschwemme mit einem knappen Warenangebot zusammentrifft.

Nach Corona muss sich vieles ändern:

- Merkel: Ende! Diese Frau und die linksgrünen Politiker in allen Altparteien haben abgewirtschaftet
- Europäische Union: Entweder Ende, oder Reform zu einem losen Zusammenschluss der Nationalstaaten. Die Belange der EU haben hinter deutschen Interessen zurückzustehen
- Geldpolitik: Rückkehr zur Deutschen Mark
- Asylrecht: Der Artikel 16a Absatz II Grundgesetz ist wieder einzuhalten. Kein Asylbewerber wird ins Land gelassen, wenn er sich bereits in einem sicheren Staat aufhält. Das gilt auch für die Mittelmeer-Bootsflüchtlinge: keine Aufnahme mehr! Auf weitere in diesem Bereich notwendigen Maßnahmen soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden, das wäre zu aufwändig
- Fridays for Future: Ende! Die Schulpflicht wird durchgesetzt, wie es im Gesetz steht
- Genderwahn: Ende! Für so einen Schwachsinn werden keine Ressourcen mehr aufgewendet und keine Lehrstühle mehr eingerichtet. Die bestehenden staatlichen Lehrstühle werden aufgelöst
- Klimawahn (CO₂): Ende! Die Wirtschaft geht vor. Umweltschutz ja – Klimawahn nein!
- Elektromobilität: Ende! Der Verbrennungsmotor hat sich

- bewährt. Er bildet das Rückgrat der deutschen Autoindustrie. Er wird beibehalten und weiter entwickelt
- Energiewende: Ende! Rückkehr zur Atomkraft und den Braunkohlekraftwerken – sichere und billige Energieversorgung
 - Aufwertung der Handwerksberufe: Weniger Abiturienten, mehr Handwerker!
 - Rückholung der ausgelagerten Produktionsstätten nach Deutschland durch optimale Standortbedingungen
 - Stopp des „Brain Drains“ durch optimale Förderung und Forschungsbedingungen in Deutschland. Kluge Köpfe müssen im Land gehalten werden!
 - Antifa: Ende! Den Luxus, eine terroristische Vereinigung mit Staatsgeldern zu unterstützen, können und wollen wir uns nicht mehr leisten. Die Antifa wird verboten. Das Gesindel soll einer anständigen Arbeit nachgehen!
 - Kriminelle arabische Familienclans: Ende! Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit wo rechtlich möglich und Ausweisung

Diese Liste könnte noch ellenlang fortgeführt werden und die Leser sind aufgefordert, dies im Kommentarbereich auch zu tun.

Eines ist klar: Deutschland muss sich wieder auf seine alten Werte und Stärken besinnen. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, die zahlreichen Fehlentwicklungen der Vergangenheit zu korrigieren. Zurück in die Zukunft, lautet das Motto für die harte Zeit, die „nach Corona“ kommen wird. Die Globalisierung und ihre linksgrünen Jünger hatten ihre Chance und sie haben sie gründlich verbockt. Nach diesem dummen Experiment sind wir klüger und es gilt:

Deutschland zuerst!



Eugen Prinz
auf dem Freie
Medien-
Kongress in
Berlin.

Eugen Prinz kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.

» *Spende an den Autor*

» *Twitter Account des Autors.*